



Der Kommunalbrief

1. Ausgabe 2020

Wasserstoff als Baustein für die Energie- und Klimawende

Der European Green Deal wird zum Erfolg führen, wenn die Dekarbonisierung jenseits der Energiewirtschaft schneller vorankommt und Potentiale sektorenübergreifend genutzt werden. Dazu kann der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft beitragen: Sie hilft, die Gaswirtschaft zu dekarbonisieren und die Emissionen in der Industrie, im Verkehr und bei Gebäuden zu verringern.

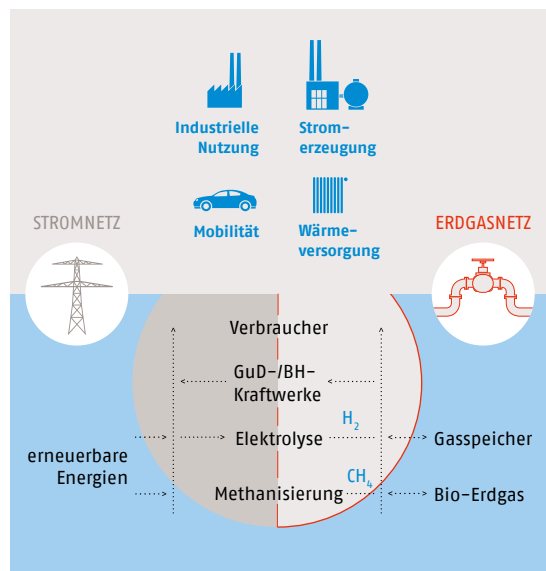
Entscheidend sind die Rahmenbedingungen, damit sich ein Markt für Wasserstoff – angebots- wie nachfrageseitig – entwickeln kann. Hindernisse, die einer Nutzung von Wasserstoff entgegenstehen, wie doppelte Steuern, anfallende Netzentgelte oder Letztverbraucherabgaben für Speicher, sind zu beseitigen. Wenn bei der Umwandlung von Energieformen keine zusätzlichen Lasten entstehen, wird Sektorenkopplung Erfolg haben.

Bei der Anwendung von Wasserstoff und Power-to-X-Technologien dürfen einzelne Sektoren weder ausgeschlossen noch bevorzugt werden. Es braucht Anreize und öffentliche Förderung für Power-to-X-Technologien und den Ausbau erneuerbarer Energiequellen. Für den Markthochlauf sind harmonisierte technische Normen für die Infrastruktur und Gasqualität sinnvoll.

Eine Wasserstoffwirtschaft, die zu einer klimaneutralen Energieversorgung beiträgt, braucht:

- **Den Abbau von Markt-Hindernissen wie doppelte Steuern**
- **Den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energiequellen**
- **Die Anerkennung in den Sektoren als erneuerbarer Brenn- oder Kraftstoff.**

Funktionsweise power to gas



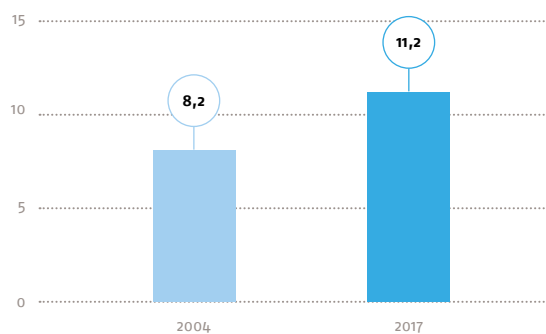
© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Klimaschutz



Anteil zurückgeführter Materialien in die Kreislaufwirtschaft der EU

in Prozent



Quelle: Eurostat 2020

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Mehr Kreislaufwirtschaft – ein Herzstück des Green Deals

Die EU-Kommission sieht den Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft als Meilenstein zur Verwirklichung einer nachhaltigen und klimaneutralen Gesellschaft. Der Handlungsbedarf ist groß: Momentan gelangen lediglich 11 Prozent der Ressourcen zurück in den Kreislauf. Auch das Abfallaufkommen ist unverändert hoch: Pro Europäer fallen jährlich 492 Kilogramm Haushaltsmüll an. Die neuen Maßnahmen sehen vor, nachhaltige Produkte zur Norm zu machen, die Menge an (nicht recycelten) Siedlungsabfällen bis 2030 zu halbieren und den Binnenmarkt für Sekundärrohstoffe zu stärken. Bereits heute unterstützen die kommunalen Abfallwirtschaft- und Stadtreinigungsbetriebe mit Aufklärungsangeboten die Abfallvermeidung, damit immer weniger Ressourcen als Abfall enden und als Sekundärrohstoffe im Kreislauf erhalten bleiben.

EU-Kommission ist zum Handeln entschlossen

Das Konsumverhalten der Verbraucher spielt eine zentrale Rolle. Der VKU unterstützt Maßnahmen wie ein Recht auf Reparatur für elektronische Geräte oder einheitliche Ladegeräte, die wesentlich zur Abfallvermeidung von Elektronikmüll beitragen können. Im Rahmen der Überlegungen zu Textilien ist es wichtig, dass die Hersteller zu einem Rezyklatanteil bei der Produktion aufgefordert werden, um die Nachfrage an recycelten Alttextilien zu erhöhen. Die Brandgefahr durch Lithium-Ionen-Batterien muss bei der bevorstehenden Überprüfung der Batterierichtlinie durch geeignete Maßnahmen reduziert werden: Bessere Kennzeichnung und herausnehmbare Batterien aus Elektronikgeräten sind notwendig.

Für Erfolge in der europäischen Kreislaufwirtschaft braucht es:

- **Nachhaltigen Konsum mit klaren und verlässlichen Produktinformationen**
- **Verantwortung der Hersteller für Langlebigkeit, Reparierbarkeit und Recyclingfähigkeit ihrer Produkte**
- **Verpflichtende Rezyklatanteile in neuen Produkten, um Märkte für Sekundärrohstoffe anzukurbeln**
- **Ein europaweites Deponierungsverbot für unbehandelte Siedlungsabfälle und eine Ressourcenverwertung möglichst innerhalb der EU**
- **Wirksame und schnelle Maßnahmen für ein sicheres und effizientes Batterien-Recycling.**





Plastikmüll bleibt ein großes Ärgernis

Jährlich fallen in der EU rund 25,8 Millionen Tonnen Kunststoffabfälle an. Davon sind 59 Prozent Verpackungen, die lediglich zu rund 42 Prozent recycelt werden. Besonders Einwegprodukte und Kunststoffverpackungen, die zu großen Teilen nicht recycelbar sind oder recycelt werden können, verschmutzen die Umwelt. Ob die Märkte für recyceltes Plastik funktionieren, hängt maßgeblich von der Beschaffenheit der Produkte ab: Je sortenreiner die verwendeten Kunststoffe sind, umso besser ist die Qualität der recycelten Stoffe und umso einfacher wird der Einsatz von recycelten Materialien in neuen Produkten.

Lösungen zur Verringerung und Vermeidung von Plastikmüll

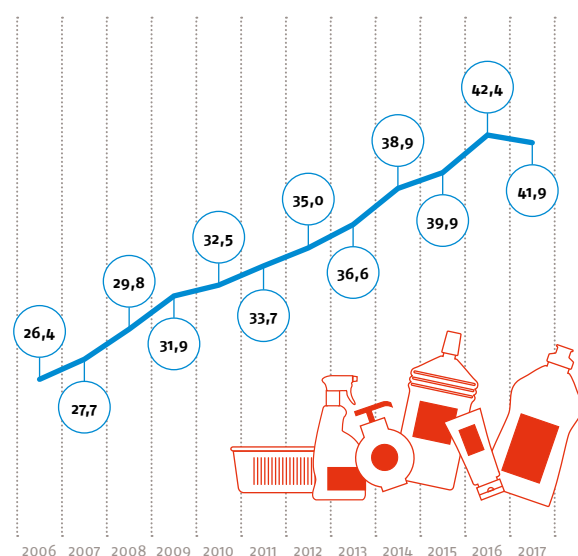
Der VKU spricht sich für Mehrweglösungen aus. Besonders Einwegprodukte und Kunststoffverpackungen schädigen die Umwelt und verhindern Stoffkreisläufe. Das erfolgreiche Pfandsystem in Deutschland könnte als Vorbild für ein EU-weites System dienen, um die Getrenntsammlung und das Recycling von Plastikflaschen zu verbessern. Wichtig wären weiterhin klare und einheitliche Kennzeichnungen und Aufklärung bei vermeintlich biologisch abbaubaren Kunststoffen. Eine Plastiksteuer auf europäischer Ebene, die auf nicht-recycelte Kunststoffverpackungen anfallen soll, sieht der VKU hingegen kritisch, da die Durchsetzung einer wirksamen Herstellerfinanzierung innerhalb der Kunststoffrichtlinie erschwert werden könnte. Außerdem wäre es zur Bekämpfung von Mikroplastik wünschenswert, wenn die EU-Kommission eine einheitliche Kennzeichnungspflicht einführen und absichtlich hinzugefügtes Mikroplastik in Produkten beschränken würde.

Zur Vermeidung und Verringerung von Plastikmüll braucht es:

- **Striktere und verpflichtende Vorgaben zum Produktdesign**
- **Förderung umweltfreundlicher Mehrwegsysteme, um Verlagerungseffekte von Plastik- auf Papiereinwegprodukte einzudämmen**
- **Kennzeichnung und Bewertung biobasierter Kunststoffe sowie Aufklärung zu vermeintlich biologisch abbaubaren Kunststoffen**
- **Förderung und Harmonisierung von Pfandsystemen in der EU**
- **Kennzeichnung und Beschränkung des Einsatzes von Mikroplastik.**

Entwicklung der Recyclingquoten von Plastikverpackungen in der EU

in Prozent



Quelle: Eurostat 2019

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



Direkt zu

[Umsetzung EU-Kunststoffrichtlinie](#)

Verband kommunaler Unternehmen e.V.
German Association of Local Public Utilities

Büro Brüssel 9-31,
Avenue des Nerviens, 1040 Bruxelles
Fon +32 2 740 16 50
infobruessel@vku.de
www.vku.de/bruessel

Direkt zur Themenseite Europa:



Ein fairer Rechtsrahmen für die Datenökonomie

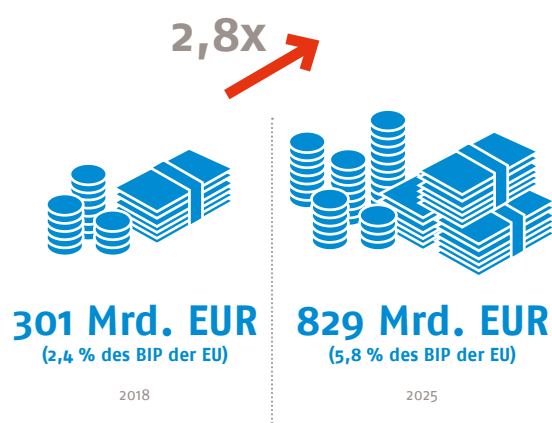
Mit ihrer Datenstrategie stellt die Kommission die Weichen für die digitale Transformation. Kommunale Unternehmen können von einer fairen und nachhaltigen Datenwirtschaft profitieren. Sie nutzen Daten bereits in Bereichen wie Verkehrs- oder Netzsteuerung. Um ihre Innovationsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit zu wahren, bedarf es fairer Regelungen für die Weitergabe hochwertiger Datensätze.

Eine einseitige Verpflichtung zur Datenweitergabe kann die Innovationsfähigkeit kommunaler Unternehmen und ihre Leistungen für das Gemeinwohl beeinträchtigen. Um eine Wettbewerbsverzerrung zu vermeiden, müssen auch private Unternehmen Daten verfügbar machen. Die Mehrzahl kommunaler Unternehmen entsprechen in Größe und Umsatz einem KMU. Eine Verpflichtung zur aufwändigen Datenumwandlung und -aufbereitung würde bei ihnen ebenso Kosten und Ressourcen binden wie bei KMU. Daher dürfen Anforderungen bei der reziproken Datenweitergabe keine unverhältnismäßige Belastung darstellen, weder für private noch kommunale Unternehmen.

Eine zukunftsfähige europäische Digitalpolitik erfordert:

- **Faire Wettbewerbsbedingungen zwischen privaten und öffentlichen Unternehmen**
- **Eine frühzeitige Einbindung der kommunalen Daseinsvorsorge in die datenpolitische Folgenabschätzung.**

Wert der Datenwirtschaft (EU-27)



Quelle: EU-Kommission 2020 © Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) vertritt rund 1.500 Stadtwerke und kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Mit mehr als 268.000 Beschäftigten wurden 2017 Umsatzerlöse von mehr als 116 Milliarden Euro erwirtschaftet und rund 10 Milliarden Euro investiert. Im Endkundensegment haben die VKU-Mitgliedsunternehmen große Marktanteile in zentralen Ver- und Entsorgungsbereichen: Strom 61 Prozent, Erdgas 67 Prozent, Trinkwasser 86 Prozent, Wärme 70 Prozent, Abwasser 44 Prozent. Sie entsorgen jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall und tragen entscheidend dazu bei, dass Deutschland mit 68 Prozent die höchste Recyclingquote in der Europäischen Union hat. Immer mehr kommunale Unternehmen engagieren sich im Breitband-Ausbau. Ihre Anzahl hat sich in den letzten vier Jahren mehr als verdoppelt: Rund 180 Unternehmen investierten 2017 über 375 Mio. EUR. Seit 2013 steigern sie jährlich ihre Investitionen um rund 30 Prozent und bauen überall in Deutschland zukunftsfähige Infrastrukturen (beispielsweise Glasfaser oder WLAN) für die digitale Kommune aus.

Datenwirtschaft



Gestaltung und Produktion: VKU Verlag GmbH

Direkt zu [Umsetzung der PSI-Richtlinie](#)

